

**Report**  
**des Migrantenbeirates**  
**der Landeshauptstadt**  
**Potsdam**

**2024**

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Straße 79781  
14469 Potsdam

Ansprechpartnerin: Sindy Valverde (Geschäftsstelle)

Tel: 0331 289-3346

Fax: 0331 289-84 3346

Mail: [migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de](mailto:migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de)

<https://www.potsdam.de/migrantenbeirat-der-landeshauptstadt-potsdam>

### **Text und Bearbeitung:**

Hussain, Fereshta (Vorsitzende des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam)

Valverde, Sindy (Geschäftsstelle)

### **Fotos:**

Rathaus Detailansichten, Landeshauptstadt Potsdam / F. Daenzer (Rückseite)

**Stand:** 14. Mai 2025

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2.</b>	<b>Ein Rückblick auf das Jahr 2024</b>	<b>2</b>
2.1	Wahl Juni 2024	2
<b>3.</b>	<b>Die Arbeit des Migrantenbeirats im Jahr 2024</b>	<b>2</b>
3.1	Gebührensatzung Gemeinschaftsunterkünfte	3
3.2	Einbürgerungen	4
3.3	Migrationsamt	5
3.4	Antirassismus und Chancengleichheit als Leitziele kommunaler Integration	6
<b>4.</b>	<b>Aktivitäten und Veranstaltungen</b>	<b>6</b>
4.1	Frauen im Fokus: Potsdam als Ort der Vielfalt, Empowerment und Vertrautheit	6
4.2	Symbolwahl	6
4.3	Ausstellung HeimatArt „Bunte Welten in Potsdam“	7
4.4	Integrationspreisverleihung	8
4.5	Interkulturelle Woche	8
4.6	Magazin - Pangea	8
4.7	Vernetzung und Bündnisarbeit	8
<b>5.</b>	<b>Herausforderungen und Rolle des Migrantenbeirats in der aktuellen politischen Entwicklung</b>	<b>9</b>
<b>6.</b>	<b>Fazit</b>	<b>10</b>

# 1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung,  
sehr geehrte Stadtverordnete,

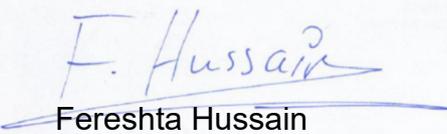
Im Jahr 2024 sah sich die Landeshauptstadt Potsdam – wie viele andere Kommunen in Deutschland mit komplexen gesellschaftlichen und integrationspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Globale Kriege, anhaltende Fluchtbewegungen, wachsende soziale Ungleichheiten sowie eine zunehmend polarisierte Debatte über Migration und Zugehörigkeit prägten auch das städtische Zusammenleben. Inmitten dieser Dynamiken ist die kontinuierliche Arbeit des Migrantenbeirates ein entscheidender Beitrag zur Gestaltung einer inklusiven, solidarischen und zukunftsfähigen Stadtgesellschaft.

Mit diesem Bericht legen wir einen umfassenden Rückblick auf die Aktivitäten und Schwerpunkte des Migrantenbeirates im Jahr 2024 vor. Die Dokumentation spiegelt nicht nur das Engagement der ehrenamtlichen Mitglieder wieder, sondern verdeutlicht auch, wie migrantische Perspektiven in kommunale Entscheidungsprozesse eingebracht und gesellschaftlich wirksam werden können. Trotz struktureller Hürden und politischer Spannungsfelder konnte das Gremium wichtige Impulse setzen, mitgestalten und zentrale Themen wie politische Partizipation, soziale Integration und Antidiskriminierung aktiv voranbringen.

Potsdam versteht sich als weltoffene, vielfältige und demokratische Stadt. Diese Selbstverpflichtung zeigt sich nicht zuletzt in der institutionellen Verankerung des Migrantenbeirates als beratendes Gremium, das sich mit Praxisnähe für die Belange von Menschen mit internationaler Geschichte einsetzt. Seine Arbeit basiert auf dem Verständnis, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht zufällig entsteht, sondern aktiv ausgehandelt und gestaltet werden muss – im Dialog, im Konflikt und im gemeinsamen Handeln.

Die Mitglieder des Beirates engagieren sich in zahlreichen Fachausschüssen, Facharbeitsgruppen und Netzwerken. In internen Arbeitsstrukturen bearbeiten sie Themen wie Wohnen, Asyl, Einbürgerung, Bildung und Teilhabe. Darüber hinaus kooperiert der Beirat eng mit der Verwaltung, der Stadtpolitik sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dieser Bericht soll nicht nur Rechenschaft über die geleistete Arbeit ablegen, sondern auch zur weiteren Diskussion über eine solidarische und chancengerechte Stadtentwicklung beitragen.

Herzliche Grüße



Fereshta Hussain

## **2. Ein Rückblick auf das Jahr 2024**

### **2.1 Wahl Juni 2024**

Im Superwahljahr 2024 – parallel zur Europa- und Kommunalwahl – wurde auch der Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam neu gewählt. Die Wahl erfolgt ausschließlich per Briefwahl. Über 23.000 Potsdamer\*innen mit ausländischem Pass waren wahlberechtigt. Von den 21.391 versandten Wahlbriefen wurden 3.226 gültig zurückgesendet, was einer Wahlbeteiligung von 15,1 % entspricht – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 2019 (12,4 %). Die Organisation und Auszählung der Wahl wurde von 30 engagierten ehrenamtlichen Wahlhelferinnen unterstützt<sup>1</sup>.

Am 6. Juli 2024 kam der neu gewählte Beirat zu seiner konstituierenden Sitzung in der Wissenschaftsetage zusammen. In diesem Rahmen wurde der neue Vorstand gewählt: Fereshta Hussain übernimmt den Vorsitz, unterstützt von Chucks-Quinn Chukwuedo und Dr. Essmaiel Archoukhie als stellvertretende Vorsitzende. In einem anschließenden Workshop wurden die inhaltlichen Schwerpunkte und strategischen Ziele für die neue Amtszeit gemeinsam festgelegt.

## **3. Die Arbeit des Migrantenbeirats im Jahr 2024**

Auf Grundlage der bisherigen Arbeit und mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen hat sich der neu gewählte Migrantenbeirat auf zentrale Themenschwerpunkte verständigt, die aus Sicht des Gremiums dringend politischer Aufmerksamkeit bedürfen. Die Erfahrungen vergangener Jahre haben gezeigt, dass integrationspolitische Maßnahmen nur dann wirksam sind, wenn sie partizipativ gestaltet, realitätsnah ausgerichtet und von einem klaren Bekenntnis zu Gleichberechtigung und Teilhabe getragen werden. Vor diesem Hintergrund formuliert der Beirat seine inhaltlichen Prioritäten für die neue Legislaturperiode mit Nachdruck – als Stimme der migrantischen Stadtgesellschaft und als engagiertes Beratungsgremium für Politik und Verwaltung.

Ein besonders kontroverses Thema ist die geplante Einführung einer Bezahlkarte für Menschen mit Fluchtbiografie. Der Beirat lehnt diese Maßnahme entschieden ab, da sie als stigmatisierend empfunden wird und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Fluchtbiografie erheblich einschränkt. Die Karte steht aus Sicht des Gremiums exemplarisch für eine symbolische Politik, die eher Ressentiments bedient als tatsächliche Probleme löst. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Beirat ausdrücklich die Entscheidung der Stadt Potsdam, sich als einzige Kommune in Brandenburg klar gegen die Einführung der Bezahlkarte zu positionieren.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für Menschen mit Fluchtbiografie. Der Beirat setzt sich für den konsequenten Rückbau von Sammelunterkünften zugunsten dezentraler, wohnungsähnlicher Lösungen ein, um Integration zu erleichtern und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Zudem fordert der Beirat eine Abkehr von restriktiven Abschiebepolitiken und stattdessen die Entwicklung verlässlicher Bleibeperspektiven. Integration braucht Sicherheit und Planbarkeit – nur unter diesen Voraussetzungen können Menschen langfristig Teil der Gesellschaft werden.

Deutlich kritisiert der Beirat auch die Einführung der neuen Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte. Diese verursacht erheblichen sozialen und finanziellen Belastungen für die Betroffenen und wurde ohne Beteiligung des Beirates erarbeitet – ein klarer Bruch partizipativer Prinzipien. Die Umsetzung der Satzung offenbart zudem zahlreiche Mängel: verspätete Bescheide, unzureichende Kommunikation über Härtefallregelungen und eine unfaire Kostenstruktur, die nicht im Verhältnis zur Wohnqualität steht. Die Satzung wirkt integrationshemmend und schreckt Betroffene mit Erwerbsperspektive ab, da sie durch Arbeit nicht selten in untragbare finanzielle Situationen geraten.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der überfälligen Beschleunigung von Einbürgerungsverfahren. Der Beirat kritisiert die langen Bearbeitungszeiten, die intransparenten Abläufe und den Mangel an digitaler Infrastruktur. Er fordert eine tiefgreifende Entbürokratisierung und klare, nachvollziehbare Verfahren, die dem Anspruch einer offenen und inklusiven Gesellschaft gerecht werden.

Darüber hinaus engagiert sich der Beirat verstärkt gegen Diskriminierung. Er fordert eine konsequente Umsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen – insbesondere im Bildungsbereich, in der Verwaltung und im öffentlichen Raum. Gerade angesichts eines gesellschaftlichen Klimas, das zunehmend von Ausgrenzung und Rassismus geprägt ist, braucht es auf kommunaler Ebene klare Haltung und wirksame Maßnahmen.

Nicht zuletzt setzt sich der Beirat für einen niedrighschwelligen Zugang zu Sprachkursen und eine bedarfsorientierte Arbeitsmarktintegration ein. Sprachliche und berufliche Teilhabe sind zentrale Bausteine gelingender Integration – doch bestehende Angebote sind vielfach zu bürokratisch, zu schwer zugänglich oder unzureichend ausgestattet.

### **3.1 Gebührensatzung Gemeinschaftsunterkünfte**

Die Einführung der neuen Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte in Potsdam hat zu erheblichen Problemen geführt, die nicht nur die betroffenen Menschen belasten, sondern auch die Prinzipien von Partizipation und Mitbestimmung untergraben. Der Migrantenbeirat wurde bei der Erarbeitung der Regelung nicht einbezogen.

Besonders problematisch ist, dass Erwerbstätige mit Fluchtbiografie nun selbst für ihre Unterkunftskosten aufkommen müssen. Dies führt zu enormen finanziellen Belastungen. Hinzu kommen rückwirkend erhobene Gebühren und mangelnde Information über die Härtefallregelungen, was die Situation weiter verschärft. Betroffene sind häufig schlecht informiert und wissen oft nicht, wie sie ihre Rechte wahrnehmen können.

Die Umsetzung der Gebührensatzung ist zudem fehlerhaft und mangelhaft in der Kommunikation. Bescheide werden verspätet zugestellt, und die Intransparenz der Kostenaufstellung sorgt für zusätzliche Verunsicherung. Besonders problematisch

ist, dass die Satzung integrationshemmend wirkt, da sie Erwerbstätigkeit für die Betroffenen unattraktiv oder sogar riskant macht. Viele Menschen sehen sich in der Zwickmühle: Sollten sie arbeiten, steigen ihre Gebühren, was sie finanziell stark belastet, oder sie fallen in den Leistungsbezug, was ihren Aufenthalt gefährden könnte. Diese Situation steht im Widerspruch zu den Zielen einer erfolgreichen Integration.

Darüber hinaus fließen in die Gebührensätze fragwürdige Kosten wie Verwaltungs- und Abschreibungskosten ein, die mit den eigentlichen Wohnkosten nichts zu tun haben und die betroffenen Menschen zusätzlich benachteiligen. Diese Vorgehensweise erscheint unangemessen und nicht gerechtfertigt.

Der Migrantenbeirat fordert eine umfassende Evaluation der Gebührensatzung, um die finanzielle Belastung an die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen anzupassen. Die Wohnsituation muss in Relation zu den Gebühren gesetzt werden, und es muss gewährleistet sein, dass die Qualität der Unterkünfte den hohen Kosten entspricht. Außerdem ist die Arbeitsgruppe, die derzeit die Härtefallregelung überarbeitet, ein wichtiger Schritt, um die schwerwiegendsten Auswirkungen der Satzung abzumildern.

Es darf jedoch nicht passieren, dass Menschen von der Arbeitsmarktintegration zurück in das Hilfesystem gedrängt werden. Viele Betroffene möchten gerne aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen und eine eigene Wohnung finden. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in Potsdam ist dies jedoch eine Herausforderung, die nicht ignoriert werden darf. Die Umsetzung der Gebührensatzung sollte deshalb nicht nur auf finanzielle Erleichterung abzielen, sondern auch die sozialen und integrativen Ziele der Stadt berücksichtigen.

### **3.2 Einbürgerungen**

Das Einbürgerungsamt ist eine zentrale Anlaufstelle für Menschen, die sich in Potsdam einbürgern lassen möchten und spielt eine bedeutende Rolle bei der Integration von neuer Potsdamer\*innen. In diesem Zusammenhang erreichten den Migrantenbeirat etliche Beschwerden und Anliegen in Bezug auf das Einbürgerungsverfahren und die damit zusammenhängenden Abläufe im Amt.

Eine der Hauptbeschwerden betrifft die Komplexität und Bürokratie des Einbürgerungsverfahrens, die für viele Potsdamer\*innen mit Migrationsgeschichte eine Hürde darstellt. Oftmals fehlt es an klaren Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten, um den Prozess reibungslos zu durchlaufen. Dies führt zu Frustration und Verunsicherung bei den Antragstellenden und kann die Integration erschweren.

Die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen bleibt eine zentrale und ungelöste Herausforderung der Potsdamer Verwaltung. Zwar wurde die Zahl der Stellen in der Einbürgerungsbehörde auf 11 vervierfacht – ein grundsätzlich begrüßenswerter Schritt – doch zeigt sich in der Praxis, dass dies allein nicht ausreicht. Trotz des personellen Ausbaus und eines Anstiegs der Einbürgerungen von 396 im Jahr 2023 auf 525 im Jahr 2024 wächst der Rückstau weiter: Aktuell sind 2.472 Anträge offen, davon rund 40 % bereits seit über einem Jahr. Die offiziell kommunizierte durchschnittliche Bearbeitungszeit von 18,6 Monaten für abgeschlossene Verfahren verschleiern das tatsächliche Ausmaß der Verzögerungen – viele Antragsteller\*innen warten deutlich länger auf eine Entscheidung.

Diese strukturellen Defizite haben unmittelbare Folgen: Sie verhindern die rechtliche und politische Gleichstellung von Menschen, die längst in Potsdam leben, arbeiten und Teil der Stadtgesellschaft sind. Die Einbürgerung ist nicht nur ein Verwaltungsakt, sondern ein essenzieller Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe und demokratischen Mitgestaltung. Dass dieser Prozess über Jahre hinweg blockiert wird, ist politisch wie gesellschaftlich nicht hinnehmbar.

Trotz einzelner Fortschritte fehlt es weiterhin an konsequenter politischer Priorisierung, nachhaltigen Strukturreformen und innovativen Lösungsansätzen. Es braucht mehr als Personal – notwendig sind eine tiefgreifende Prozessoptimierung, moderne digitale Infrastrukturen und ein klarer politischer Wille, Einbürgerung als Ausdruck einer inklusiven Demokratie zu begreifen und zu fördern.

Aus Sicht des Migrantenbeirates wurde in der bisherigen Aufarbeitung eine wichtige Gelegenheit verpasst, die strukturellen Schwächen klar zu benennen und praxisnahe Lösungen aufzuzeigen. Es wäre sinnvoll gewesen, konkrete Pilotprojekte zu starten oder von erfolgreichen Beispielen anderer Kommunen und Bundesländer zu lernen. Der Beirat empfiehlt daher, zukünftige Berichte nicht auf die bloße Darstellung des Status quo zu beschränken, sondern sie als strategisches Instrument zu nutzen – mit klaren Zielen, umsetzbaren Maßnahmen und unter Einbezug von Forschung, Praxis und zivilgesellschaftlicher Expertise. Nur so kann die Einbürgerungspolitik in Potsdam glaubwürdig, effizient und gerecht gestaltet werden.

### **3.3 Migrationsamt**

Der Migrantenbeirat hat sich intensiv für eine strukturelle Verbesserung des Migrationsamts eingesetzt – mit dem Ziel, eine echte „Willkommensbehörde“ zu etablieren. Diese Initiative verfolgt das Anliegen, neu zugewanderten Potsdamer\*innen einen einfacheren, respektvollen und unterstützenden Zugang zu den Dienstleistungen der Behörde zu ermöglichen.

Um diesen Ansatz zu stärken, hat der Migrantenbeirat Schreiben an den Oberbürgermeister gerichtet, in denen die Notwendigkeit einer gelebten Willkommenskultur im Migrationsamt deutlich hervorgehoben wurde. Ziel ist es, eine vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen, in der sich neue Bürger\*innen sicher und gut aufgehoben fühlen – und ihre Anliegen ernst genommen werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Digitalisierung: Sie kann nicht nur bürokratische Abläufe vereinfachen und Arbeitsbelastungen auf beiden Seiten reduzieren, sondern auch zur Effizienz und Transparenz beitragen – für eine moderne und zugängliche Verwaltung.

Eine „Willkommensbehörde“ wäre ein starkes Signal für eine inklusive Stadtgesellschaft. Sie würde nicht nur Integrationsprozesse erleichtern, sondern auch das Vertrauen in die Verwaltung fördern und das Zusammenleben in Potsdam stärken. Ziel muss es sein, dass niemand mit Angst, sondern mit Zuversicht das Migrationsamt aufsucht.

### **3.4 Antirassismus und Chancengleichheit als Leitziele kommunaler Integration**

Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sowie die Förderung echter Chancengleichheit bleibt weiterhin als übergreifende Leitziele die Arbeit des Migrantenbeirats– insbesondere in den Bereichen Bildung, Wohnraumvergabe, Behördenzugang und Arbeitsmarkt. Der Migrantenbeirat versteht sich dabei nicht nur als Interessenvertretung, sondern auch als klare Stimme für eine demokratische, offene und solidarische Gesellschaft.

Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und migrationskritischer Debatten fühlen sich viele neu zugewanderte Potsdamer\*innen verunsichert und ausgegrenzt. Umso wichtiger ist es, jeder Form von Ausgrenzung entschieden entgegenzutreten und sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen konsequent für den Schutz der Grundrechte sowie den Aufbau einer offenen, vielfältigen und inklusiven Stadtgesellschaft einzusetzen.

## **4. Aktivitäten und Veranstaltungen**

### **4.1 Frauen im Fokus: Potsdam als Ort der Vielfalt, Empowerment und Vertrautheit**

Seit 2023 hat der Migrantenbeirat in enger Kooperation mit der Pan-Afrikanischen Frauen Pawlo e.V. zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Frauen mit Fluchtbiografien und Migrant\*innen organisiert. Trotz der breiten Diskussion über Vielfalt und Gleichstellung wird oft oberflächlich über diese Themen gesprochen, ohne dass die Betroffenen selbst zu Wort kommen. Die Veranstaltungsreihe im Frauraum, zielt darauf ab, diesen Missstand zu beheben und Frauen eine Plattform zu bieten, um ihre Erfahrungen und Anliegen aktiv einzubringen.

Die Teilnehmerinnen bringen ihre vielfältigen Erfahrungen ein und zeigen auf, wie sie aktiv an positiven Veränderungen mitwirken können. In offenen Diskussionen werden Bedürfnisse erörtert, Chancen auf dem Arbeitsmarkt beleuchtet, Möglichkeiten der Selbsthilfe aufgezeigt und Wege des Empowerments skizziert. Dabei wird auch darüber reflektiert, wie Integration und das Ankommen in der Gesellschaft gelingen können und welchen Beitrag die gesamte Gesellschaft dazu leisten muss.

### **4.2 Symbolwahl**

Am 21. September 2024 – einen Tag vor der Landtagswahl in Brandenburg und sowie auch einen Tag vor der Bundestagswahl 2025 – fand in Potsdam erstmals eine Symbolwahl statt. Getragen von der Initiative WIR WÄHLEN Potsdam, setzt sie ein starkes Zeichen gegen den Ausschluss von über 10 Millionen Menschen in Deutschland, die trotz Lebensmittelpunkts und gesellschaftlicher Teilhabe kein Wahlrecht besitzen, weil sie keinen deutschen Pass haben. Die Aktion ist Teil der bundesweiten Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich“ und verdeutlicht ein grundlegendes Demokratiedefizit: In einer offenen und inklusiven Gesellschaft darf politische Mitbestimmung nicht vom Pass abhängig sein. Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben, arbeiten, Steuern zahlen und sich engagieren, werden weiterhin systematisch

von Wahlen ausgeschlossen. Das widerspricht den Prinzipien demokratischer Gleichberechtigung und Teilhabe.

151 Potsdamer\*innen ohne deutschen Pass nutzten die Gelegenheit und gaben an dezentral organisierten Wahlorten symbolisch ihre Stimme ab. Viele von ihnen betonten in Gesprächen den Wunsch, die politischen Verhältnisse aktiv mitzugestalten – vor allem, weil sie von diesen direkt betroffen sind. Gleichzeitig wurde deutlich: Der Mangel an politischer Teilhabe führt auch zu Distanz und politischem Desinteresse. Deshalb ist politische Bildung für alle – unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit – ein zentraler Hebel für mehr Integration, Engagement und Vertrauen in demokratische Prozesse.

Getragen wird die Symbolwahl von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis: dem Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam, der Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Masoso) e.V., Seebrücke Potsdam, INWOLE e.V. / Projekthaus Potsdam sowie zahlreichen engagierten Einzelpersonen. Sowohl bei der Symbolwahl zur Bundestagswahl am 22. Februar 2025, als auch bei jener zur Landtagswahl Brandenburg am 21. September 2024 wurde in Gesprächen mit der Zielgruppe deutlich, Viele Potsdamer\*innen ohne deutschen Pass wünschen sich politische Mitbestimmung, da sie seit Jahren hier leben, arbeiten und zur Gesellschaft beitragen. Gleichzeitig wurde ein großer Bedarf an politischer Bildung sichtbar – insbesondere bei jenen, die sich durch das fehlende Wahlrecht ausgeschlossen fühlen.

Das Team der Symbolwahl überreichte dem Oberbürgermeister sowie der Integrationsbeauftragten ein Empfehlungspapier mit dem Wahlergebnis und konkreten Maßnahmenvorschlägen zur Förderung politischer Teilhabe.

Zwar hat die Stadtverordnetenversammlung zuletzt am 15. Mai 2025 ein neues Integrationskonzept für 2024–2028 beschlossen, das wichtige Schritte für eine inklusive Stadtgesellschaft enthält. Doch politische Bildung und echte Teilhabe müssen darin konkreter und verbindlicher verankert werden – nicht als Randthema, sondern als Kernaufgabe einer demokratischen Integrationspolitik.

Die Symbolwahl ist ein Anfang – doch sie darf kein einmaliges Signal bleiben. Die Stadt Potsdam hat die Chance, sich weiter als Vorreiterin für eine demokratische Stadtgesellschaft zu profilieren, in der alle Menschen – unabhängig von Herkunft und Pass – mitentscheiden können. Denn: Demokratie lebt von Beteiligung. Und Beteiligung darf kein Privileg sein.

### **4.3 Ausstellung HeimatArt „Bunte Welten in Potsdam“**

Seit 2019 organisiert der Migrantenbeirat in Potsdam die HeimatArt- „Bunte Welten in Potsdam“ Kunstausstellung, die die kulturelle Vielfalt der Stadt widerspiegeln und zur Förderung von Toleranz, Integration und sozialem Zusammenhalt beiträgt. Die Ausstellung bieten nicht nur etablierten Künstler\*innen, sondern auch neuen Potsdamer\*innen eine Plattform, ihre Werke zu präsentieren und das kreative Potenzial der Stadt zu zeigen.

Neben dem Kunstgenuss ermöglicht die Ausstellung einen interkulturellen Austausch und lädt zur Reflexion über Themen wie Identität, Migration und kulturelle Vielfalt ein.

Sie trägt somit aktiv zur Bereicherung des kulturellen Lebens und zu einer offenen, inklusiven Gemeinschaft bei.

#### **4.4 Integrationspreisverleihung**

Unter dem Motto „Migration prägt Potsdam – 20 Jahre Integrationspreis“ werden Projekte und Initiativen ausgezeichnet, die kreativ zur Integration von Migrant\*innen beitragen. Neben großen Organisationen werden auch lokale Gruppen und Einzelpersonen gewürdigt, die sich für interkulturelle Verständigung einsetzen.

Die Preisverleihung dient als Plattform, um erfolgreiche Integrationsprojekte bekannt zu machen, Best Practices zu teilen und die Zusammenarbeit zu fördern. Sie stärkt das Bewusstsein für die Bedeutung der Integration und ermutigt, innovative Wege für eine offene und inklusive Gesellschaft zu finden. Ein besonderer Dank gilt den ehrenamtlich Mitwirkenden. Insgesamt feiert die Veranstaltung die Vielfalt und den Zusammenhalt in Potsdam und unterstützt die Integration neuer Potsdamer\*innen.

#### **4.5 Interkulturelle Woche**

Die Interkulturelle Woche in Potsdam wurde im Jahr 2024 innovativ neugestaltet und durch vielfältige Veranstaltungsformate bereichert, die das kulturelle Miteinander auf neue Weise erlebbar machten. Gemeinsam mit verschiedenen migrantischen Organisationen organisierte der Migrantenbeirat Veranstaltungen und legte dabei gezielt den Fokus auf die Erfahrungen und Perspektiven von Frauen mit Fluchtbiografien. Dadurch erhielten die Teilnehmenden wertvolle Einblicke in deren Lebensrealitäten und die damit verbundenen Herausforderungen.

#### **4.6 Magazin - Pangea**

In Zusammenarbeit mit den Studierenden der Universität Potsdam und der Panafrikanischen Frauenorganisation (PAWLO e.V.) gibt der Migrantenbeirat das Magazin Pangea heraus. Mit diesem Projekt unterstreicht der Beirat sein Bestreben, unterschiedliche Perspektiven und Beiträge von Künstler\*innen, Autor\*innen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Durch solche Initiativen zeigt der Migrantenbeirat sein kontinuierliches Engagement, die Belange von Migrant\*innen in Potsdam wirkungsvoll zu vertreten und die Grundwerte von Vielfalt und Inklusion zu fördern. Das vielfältige Engagement des Beirates erstreckt sich über zahlreiche Bereiche, von kulturellen Veranstaltungen und Integrationsprojekten bis hin zur Unterstützung von Migrant\*innen in verschiedenen Lebensbereichen.

#### **4.7 Vernetzung und Bündnisarbeit**

Der Migrantenbeirat arbeitet aktiv mit lokalen Bündnissen wie „Potsdam bekennt Farbe“, zivilgesellschaftlichen Trägern und anderen Beiräten zusammen. Dabei übernimmt er eine wichtige Brückenfunktion, um gemeinsame Synergien für eine starke, antirassistische und solidarische Stadtgesellschaft zu fördern. Ein besonderer

Schwerpunkt liegt auf der engen Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, Bildungseinrichtungen sowie weiteren gesellschaftlichen Akteur\*innen.

## **5. Herausforderungen und Rolle des Migrantenbeirats in der aktuellen politischen Entwicklung**

In einer zunehmend polarisierten politischen Landschaft stehen neu zugewanderte Potsdamer\*innen mit Fluchtbiografien vor wachsenden Herausforderungen. Der gesellschaftliche Diskurs ist spürbar rauer geworden, rechte Narrative und strukturelle Ausgrenzung gewinnen an Einfluss. Vor diesem Hintergrund kommt dem Migrantenbeirat eine umso bedeutendere Rolle als politisches Gremium zu: Er muss nicht nur die Interessen von Menschen mit Internationaler Geschichte vertreten, sondern sich aktiv gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus – insbesondere in seinen strukturellen Ausprägungen – positionieren.

Die jüngsten politischen Entwicklungen zeigen, dass Rechte und Teilhabe migrantischer Menschen keineswegs selbstverständlich sind. Der Beirat sieht sich daher in der Pflicht, die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, politischen Entscheidungsträger\*innen und engagierten Bürger\*innen zu intensivieren. Ziel ist es, klare Allianzen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und eine offene Stadtgesellschaft zu schmieden.

Besonders alarmierend ist die Zunahme struktureller Hürden, denen Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografien in nahezu allen Lebensbereichen begegnen – ob auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Bildungseinrichtungen oder im Kontakt mit Behörden. Diskriminierende Praktiken und institutionelle Benachteiligungen beeinträchtigen nicht nur individuelle Lebensperspektiven, sondern auch das gesellschaftliche Miteinander. Der Migrantenbeirat versteht es als seine Aufgabe, diese Missstände öffentlich zu machen, Handlungsspielräume aufzuzeigen und konkrete Verbesserungen einzufordern.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der konsequenten Bekämpfung von Rassismus – nicht nur als individuelles Vorurteil, sondern als tief verwurzeltes strukturelles Problem. Der Migrantenbeirat fordert wirksame kommunale Strategien gegen Rassismus, die über symbolische Gesten hinausgehen und konkrete Veränderungen im Alltag der Betroffenen bewirken. Dazu gehört auch, politische Entscheidungsträger\*innen für diskriminierende Strukturen in Verwaltung, Bildung und öffentlichem Raum zu sensibilisieren. Zentral ist dabei die Stärkung migrantischer Perspektiven in politischen Debatten und Entscheidungsprozessen.

## 6. Fazit

Die Arbeit des Migrantenbeirats im Berichtszeitraum verdeutlicht eindrucksvoll, wie essenziell eine starke, engagierte und gut vernetzte Interessenvertretung für Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografien ist. Sei es durch die kritische Begleitung integrationshemmender Maßnahmen wie der Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte, das klare Nein zur diskriminierenden Bezahlkarte oder durch innovative Formate wie die Symbolwahl und die Interkulturelle Woche – der Beirat hat unter Beweis gestellt, dass politische Teilhabe, Chancengleichheit und Antirassismus keine Randthemen, sondern zentrale gesellschaftliche Aufgaben sind. Nur so kann eine demokratische, inklusive und solidarische Stadtgesellschaft entstehen, in der alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus – aktiv mitgestalten können.

Die Vielzahl an Aktivitäten zeigt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nur durch echte Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und eine konsequente Bekämpfung von Diskriminierung erreicht werden kann. Gleichzeitig wird deutlich, wie dringend notwendige strukturelle Veränderungen sind – etwa in den Bereichen Wahlrecht, Wohnungspolitik sowie beim Zugang zu Arbeit und Bildung. Der Beirat sieht in der Digitalisierung der Behörden auch eine große Chance, die Effizienz sowohl für Fachkräfte als auch für Nutzer\*innen zu steigern.

